

(Abg. Dr. Zöphel.)

(A) wußt und alles, was ich vorzutragen hatte, zu begründen gesucht.

**Präsident:** Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter? — Verzichtet.

Wir kommen zur Abstimmung.

Will die Kammer beschließen: bei Kap. 31, Allgemeine Regierungs- und Verwaltungsangelegenheiten, nach der Vorlage

a) die Ausgaben mit 174 118 M., darunter 6000 M. künftig wegfallend, zu bewilligen?

Einstimmig.

b) die Vorbehalte zu Tit. 2, 3, 4 unter c, 5 und 7 zu genehmigen?

Einstimmig.

c) zu genehmigen, daß die Bewilligung des im Staatshaushalts-Etat für 1908/09 für den Druck eines monographischen Heftes nebst Karte über die Braunkohlenformation im nordwestlichen Sachsen unter dem Vorbehalte der Übertragbarkeit auf die Finanzperiode 1910/11 eingestellt gewesenem, in der Summe des Tit. 4 enthaltenen Betrags von gemeinjährig 300 M. weiter auf die Finanzperiode 1912/13 übertragbar ist?

Einstimmig.

Wir kommen zu Punkt 2 der Tagesordnung: Schlußberatung über den mündlichen Bericht der Finanzdeputation A über Kap. 34 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1912/13, Ordenskanzlei betreffend. (Drucksache Nr. 202.)

Berichterstatter: Herr Sekretär Anders.

Ich eröffne die Debatte und gebe dem Herrn Berichterstatter das Wort.

Berichterstatter Sekretär Anders: Meine Herren! Unter Kap. 34 des Staatshaushalts-Etats für 1912/13 sind genau dieselben Einnahmen und genau dieselben Ausgaben eingesetzt, wie es für die Jahre 1910/11 im Etat geschehen ist. Wir hätten Rücksicht nehmen können auf die Einnahmen und die Ausgaben des Jahres 1910. Da finden wir nämlich, daß in Tit. 6 eine nicht unerhebliche Minderausgabe eingetreten ist gegenüber den Bewilligungen im Jahre 1910. Da aber sonst —

wir werden das beim nächsten Punkte der Tagesordnung noch erfahren — auch Überschreitungen bei dem Kapitel eingetreten sind, konnte hierauf nicht weiter eingegangen werden. Die Einstellungen in Kap. 34 sind in der Finanzdeputation A geprüft worden. Die Deputation hat den Antrag gestellt, wie er Ihnen in der Druckvorlage Nr. 202 vorliegt. Die Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei und der sozialdemokratischen Partei haben bei der Abstimmung über dieses Kapitel dagegen gestimmt. Ich habe den Auftrag als Berichterstatter der Finanzdeputation A, Ihnen die Annahme des Antrags auf der Druckvorlage Nr. 202 zu empfehlen.

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abg. Brodau.

Abg. Brodau: Geehrte Herren! Der ablehnende Standpunkt meiner Fraktion ist schon jetzt im Berichte zum Ausdruck gekommen. Wenn ich ihn nochmals kurz begründe, dann geschieht es, weil ich dem entgegen treten möchte, daß etwa aus unserer Stellungnahme falsche Schlüsse gezogen werden. Unsere ablehnende Haltung zu dem Kapitel Ordenswesen entspringt anderen Gründen als die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie. Bei der Sozialdemokratie steht diese ablehnende Haltung in Zusammenhang mit ihrer grundsätzlichen Ablehnung der Monarchie. Es wird hier das Ordenskapitel abgelehnt, weil hier Kronrechte ausgeübt werden. Unsere ablehnende Haltung aber ist nicht zu verstehen als Ausfluß einer Gegnerschaft gegen monarchische Einrichtungen. Wenn ich das hier ganz besonders betone, so geschieht es deshalb, weil ich selbst persönlich im Wahlkampfe ebenso wie politische Freunde von mir erleben konnte, daß von rechtsstehender Seite versucht wurde, gerade unsere Stellung zur Monarchie in Zweifel zu ziehen. Da war es ein vogtländischer Führer, nicht einer, der hier im Hause sitzt, der uns als „Scheinmonarchisten“ bezeichnete, und verschiedentlich habe ich derartigen Auffassungen begegnen können. Ganz kürzlich erst hat ein konservatives Blatt in Dresden über uns Fortschrittler im allgemeinen ein Urteil gefällt, das mich ganz besonders veranlaßt, hier doch anlässlich der Frage des Ordenskapitels auf unsere Stellung zur Monarchie mit einzugehen. Es erschien da in dem konservativen Blatte ein Entrüstungsartikel, der sich gegen jene beide Herren im Reichstagspräsidium richtete, die durch ihren Eintritt ins Präsidium die Arbeitsfähigkeit herstellten, Herren, die, wie wir überzeugt sind, ein Opfer gebracht haben mit dieser Stellungnahme. Da schrieb das betreffende Dresdner konservative Blatt, die